

AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag | Bernhard-von-Lindenau-Platz 1 | 01067 Dresden

PETA
DEUTSCHLAND E.V.
Friolzheimer Straße 3a
70499 Stuttgart

Dresden, 08.08.2019

Sehr geehrter Herr Höffken,

Ihre Wahlprüfsteine beantworten wir wie folgt:

1. Tierschutzverbandsklage

a) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode für die Einführung eines Tierschutzverbandsklagerechts in Sachsen einsetzen?

Die bestehenden tierschutzrechtlichen Vorschriften sind in Deutschland zu Recht sehr streng. Durch Personalmangel in den Veterinärbehörden und durch die geteilten Zuständigkeiten kommt es in der Praxis aber immer wieder zu Vollzugsdefiziten und dadurch zu Missständen. Ein Verbandsklagerecht kann diese Missstände nicht abstellen. Dennoch können im Einzelfall Verbesserungen erreicht werden. Unserer Ansicht nach ist ein Verbandsklagerecht nicht dazu geeignet, die oben aufgeführten Ursachen zu bekämpfen. Es kann daher nur ein Baustein zu Verbesserungen im Tierschutz sein. Vielmehr bedarf es einer verbesserten organisatorischen Zusammenarbeit der beteiligten Stellen und Behörden und eine adäquate Personalausstattung. Wir haben uns bei entsprechenden Initiativen im Sächsischen Landtag in dieser Wahlperiode deshalb enthalten.

2. Tierschutzmissstände in Schlachtbetrieben

a) Mit welchen konkreten Maßnahmen wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Missstände in Schlachtbetrieben unverzüglich unterbunden werden?

Die Missstände bei Schlachttiertransporten und in Schlachtbetrieben sind bekannt – unverzügliches Handeln ist geboten. Die Einhaltung der tierschutzkonformen Schlachtung kann mit Videoüberwachung kontrolliert werden, die stichprobenweise durch die zuständige Behörde erfolgt. Tiertransporte, die des Schlachtens wegen durchgeführt werden, sollen verpflichtet werden, den nächstgelegenen Schlachthof zu nutzen. Wir fordern eine zeitliche Begrenzung der Tiertransporte innerhalb Deutschlands auf maximal 5 Stunden, zuzüglich zwei Stunden Ladezeit. Regionale Schlachthöfe, die den Anforderungen des Tierschutzes und der tierseuchenrechtlichen Bestimmungen gerecht werden, sind deshalb zu fördern. Deutschland hat im Vergleich hohe Tierschutzstandards. Fraglich ist allerdings, welchen Sinn hohe Standards haben, wenn diese durch Ausnahmegenehmigungen aufzuweichen drohen. Die AfD Fraktion im Sächsischen Landtag hält am generellen Verbot von Schächtungen ohne effektive Betäubung fest. In Sachsen sollen keine Ausnahmegenehmigungen erteilt werden, auch nicht aus religiösen Gründen. Die AfD fordert die Aufnahme einer amtlichen Statistik (auf Bundes- und Länderebene) zur Anzahl der in Deutschland geschächteten Tiere (legale sowie bekannte illegale Schächtungen).

6/17466 Antrag AfD- Fraktion - Unwürdige Tiertransporte in Drittländer stoppen, Schwerpunktkontrollen in Sachsen endlich durchführen.

3. Tierschutzkontrollen

a) Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Ja, wir befürworten engmaschigere Kontrollen durch Amtstierärzte. Die personelle Ausstattung der Veterinärbehörden ist allerdings unzureichend. Der Vollzug des Tierschutzes, insbesondere bei Großmastbetrieben als auch Nutz- und Schlachttiertransporten, ist teilweise nicht gegeben. Dieses Defizit muss überwunden werden. Außerdem sehen wir in strukturellen Maßnahmen, wie der Regionalisierung von agrarischen Wertschöpfungsketten, ein wirksames Mittel, um den Tierschutz merklich zu verbessern.

4. Tierversuche / Tierverbrauch in der Lehre

a) Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Entwicklung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch zu fördern?

Wir setzen uns dafür ein oder werden im Falle von Regierungsverantwortung

- das Thema Reduktion der Tierversuche, des Leids und der Schmerzen im Tierversuch sowie der Ersatz der Tierversuche durch

tierversuchsvermeidende Forschungsmethoden im Rahmen der Verbraucherschutzministerkonferenz und der Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (zu) thematisieren.

- im Rahmen der Verbraucherschutzministerkonferenz auf ein gemeinsames Vorgehen der Länder hin(zu)wirken und infolgedessen sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die Europäische Union ein(zu)wirken, Tierversuche zukünftig nur noch dann zu gestatten, wenn die Validität nachgewiesen worden ist und die Methodik des Tierversuches und der Tierversuch selbst seinem Zweck dienlich und ethisch vertretbar sind.
- die Forschung an sächsischen Universitäten (zu) stärken und so weitere Anreize (zu) schaffen, alternative Möglichkeiten zu Tierversuchen (zu) erforschen, um so einem weiteren Anstieg der Anzahl verwendeter Tiere entgegenzuwirken und die Gesamtzahl der Tierversuche zu verringern.
- bei der Erarbeitung des Sächsischen Tierschutzberichtes den Tierschutz auf dem Gebiet der Tierversuche im notwendigen Maße (zu) berücksichtigen.

b) Befürwortet Ihre Partei ein Studium ohne Tierverbrauch?

Ja, sofern das Lernziel erreicht wird.

c) Befürwortet Ihre Partei eine Änderung des Landeshochschulgesetzes, so dass zumindest auf Antrag des Studierenden ein Studium ohne Tierverbrauch absolviert werden kann?

Ja, sofern das Lernziel erreicht wird.

5. Jagd

a) Wird sich Ihre Partei für eine tierschutzgerechte Novellierung des Landesjagdgesetzes einsetzen?

Ein zeitgemäßes Jagdgesetz bringt die Interessen der Landnutzer und des Natur- und Tierschutzes überein. Novellierungen sind notwendig, um der stetigen Weiterentwicklung des gesamtgesellschaftlichen Verständnisses Rechnung zu tragen. Das Landesjagdgesetz sollte bundeseinheitliche jagdpraktische Erfordernisse berücksichtigen. Derzeit sehen wir keinen Handlungsbedarf für eine tierschutzrechtliche Novellierung des Sächsischen Landesjagdgesetzes.

b) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, Totschlagfallen zu verbieten?

Die Jagd mit Totschlagfallen ist stark reglementiert. Eine ungebremsste Zunahme von Mardern und invasiven Raubsäugern, wie Waschbär und Marderhund und der einhergehenden Gefährdung der Artenvielfalt und die Gefahr von Tierseuchen werden von der gesellschaftlichen Mehrheit nicht akzeptiert. Ein Verbot der Totschlagfallenjagd wäre kontraproduktiv für die Niederwildhege und den Bodenbrüterschutz. Der Einsatz von Totschlagfallen muss auf ein Minimum reduziert werden und nur Sachkundigen vorbehalten bleiben. Gerade unter den Aspekten der Bejagung von Raubsäugern in Naturschutzgebieten sowie deren Nachtaktivität, entsteht das Erfordernis, neben der Schusswaffe auch die Fallenjagd einzusetzen. Ein Verbot von Totschlagfallen ist nicht zielführend, wäre auch schwierig vermittelbar, da letztendlich Mausefallen auch Totschlagfallen sind und ohne Sachkunde eingesetzt werden.

c) Wie steht Ihre Partei zu der Forderung von Tier- und Naturschutzorganisationen, die Baujagd zu verbieten?

Bei dieser Detailfrage gibt es bisher noch keine abschließende Position der AfD im Sächsischen Landtag. Grundsätzlich vertrauen wir auf die jagdpraktische Vernunft und das Augenmaß der Beteiligten.

6. Jagd auf Füchse, Katzen und Hunde

a) Wie steht Ihre Partei zur flächendeckenden Jagd auf Füchse?

Der vernünftige Grund für das Töten eines Tieres ist gesetzlich geregelt. Dies unterstützen wir vollumfänglich - bei jeder Tierart. Eine flächendeckende Bejagung des Fuchses halten wir aus guten Gründen für erforderlich. Deutschland ist durch eine dicht besiedelte Kulturlandschaft geprägt. Der Fuchs ist ein anpassungsfähiger Kulturfolger. Eine natürliche Regulation funktioniert nicht, da Deutschland größtenteils aus einer Kulturlandschaft besteht. Aus Gründen des Artenschutzes und der Minimierung von Krankheiten halten wir die flächendeckende Bejagung für notwendig.

b) Wird sich Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass heimische Wildtiere wie Füchse nicht mehr flächendeckend ohne vernünftigen Grund getötet werden dürfen?

Ja, für Töten ohne vernünftigen Grund. Nein, gegen die flächendeckende Bejagung.

c) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Tötung von Hunden und Katzen durch Jäger untersagt wird?

Wir verstehen die Frage so, dass das Töten von Hunden und Katzen den Jägern untersagt wird. Das Töten von Hunden und Katzen sollte nach unserer Meinung die Ultima Ratio sein. Einerseits können Krankheiten, wie beispielsweise Tollwut und Fuchsräude sowohl vom Hund als auch der Katze auf den Menschen übertragen werden. Andererseits können im Wald wildernde Katzen und Hunde insbesondere eine ernste Gefahr für Bodenbrüter darstellen. Aus diesem Grund fordern auch Naturschutzorganisationen die stärkere Bejagung von verwilderten Haustieren. Die Hybridisierung von verwilderten Hunden und Wölfen führt zu Konflikten beim Artenschutz und stellt mit dem atypischen Verhalten der Hybride insbesondere gegenüber Menschen ein erhöhtes Risiko dar. Es gibt weder stichhaltige sachliche Gründe noch eine gesamtgesellschaftliche Akzeptanz für das generelle Verbot zur Bejagung wildernder Katzen und Hunde. Gerade im Hinblick auf die Stellung von Hund und Katze als Familienmitglied sehen die Jäger von der Tötung in den allermeisten Fällen ab. Ein Appell muss auch an die Tierbesitzer gehen. Hunde und Katzen sind Haustiere- keine Wildtiere, dementsprechend müssen sie gehalten werden.

7. Angel-AG´s an Schulen

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Angel-AG´s nicht mehr an Schulen angeboten werden?

Diese Kurse sind freiwillig. Unserer Meinung steht hier nicht das Töten von Fischen im Vordergrund, sondern das realistische Verständnis der tierischen Nutzung. Es stellt den Bezug nicht nur zum Nahrungsmittel Fisch, sondern zum Lebewesen auf eine natürliche Weise dar. Das Kind lernt nicht nur, dass das Essen von Fisch das vorherige Töten voraussetzt, sondern auch den Wert dieses Geschöpfes sowie Demut und Achtung gegenüber dem fühlenden Lebewesen. Dies trägt zu einer freien Entscheidungsfindung bezüglich der Ernährungsgewohnheiten bei - was sich auch auf einen gezügelten Konsum von tierischen Produkten positiv auswirken kann.

In der Vermittlung von Wissen und praktischer Erfahrung naturnaher Nahrungsmittelzeugung sehen wir die Alternative zu einer unwürdigen Nutztierindustrie, die mit lachenden Ferkeln und Kälbchen auf bunten Verpackungen das Schnitzel bewirbt und gleichzeitig unbequeme Wahrheiten bewusst ausklammert.

8. Sachkundenachweis für Hundehalter

a) Wie steht Ihre Partei zu der Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter?

Um die Sicherheit für alle zu erhöhen, den Hunden ein tiergerechtes Leben zu ermöglichen und die Zunahme abgegebener Tiere zu verringern, müssen

Maßnahmen ergriffen werden. Wir können uns einen Hundeführerschein prinzipiell vorstellen, der den sachkundigen Umgang mit Hunden und Kenntnisse, Anforderungen sowie die Folgekosten der Hundehaltung schon vor der Anschaffung vermittelt. In der Freiwilligkeit in Verbindung mit einem monetären Lenkungselement, z.B. einer temporären Hundesteuerbefreiung, sehen wir wirksame Maßnahmen, um dieses Unmaß zu überwinden.

9. Pflanzliche/tierische Nahrungsmittel

a) Wie bewertet Ihre Partei die Problematiken, die mit der Produktion und dem hohen Konsumniveau tierischer Nahrungsmittel einhergehen?

Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland jährlich 13 Millionen Tonnen Lebensmittel und weltweit etwa ein Drittel der erzeugten Lebensmittel weggeworfen werden, sollte das gesellschaftliche Verständnis zu Lebensmitteln in den Mittelpunkt der Debatte rücken. Wir befürworten eine gesunde Ernährung, einen verantwortungsvollen Umgang mit Lebensmitteln genauso wie den Schutz der Umwelt. Eine ausgewogene Ernährung beinhaltet auch tierische Eiweiße. Vereinfacht ausgedrückt – je höher der Wohlstand eines Landes, desto höher der Konsum tierischer Nahrungsmittel. Deutschland liegt im internationalen Vergleich bei Tierschutz- und Umweltstandards auf sehr hohem Niveau. Allerdings befürworten wir nicht, dass durch die Massentierhaltung und die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion falsche Anreize für einen bewussten Konsum tierischer Nahrungsmittel gesetzt werden. Wir streben eine Regionalisierung der Nahrungsmittelerzeugung an. Denn nur in Deutschland selbst sind die tierschutzgerechte Haltung und die umweltverträgliche Erzeugung von Lebensmitteln definierbar und durchsetzbar.

b) Plant Ihre Partei Maßnahmen, um eine ausgewogene Ernährung mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zu fördern bzw. den Konsum tierischer Nahrungsmittel – etwa durch ein erhöhtes Angebot an veganen Gerichten in öffentlichen Einrichtungen – in der Bevölkerung zu senken?

Wir unterstützen weder eine rein pflanzliche noch eine rein tierische Ernährung. Wir fördern eine gesunde und ausgewogene Ernährung, die beides beinhaltet. Ein Angebot an veganen Gerichten schließt dies ein. Mit der Vermittlung von landwirtschaftlichen Produktionsweisen in der Schule sollen Kinder an ein realistisches Bild der Nahrungsmittelerzeugung und dessen Wert herangeführt werden, woraus sich die Ernährungsgewohnheiten der Kinder individuell entwickeln können.

10. Textilkennzeichnung

a) Wird sich Ihre Partei – etwa in Form von zusätzlichen Kontrollen – dafür einsetzen, die Durchsetzung des Textilkennzeichnungsgesetzes, das bereits seit dem 24.02.2016 in Kraft ist, in Sachsen zu verbessern?

Genauso, wie wir die Ausweitung der Kontrollen der Veterinärämter bei den Nutztieren durchsetzen wollen, unterstützen wir auch die Transparenz bei Echtpelzbekleidung. Dies kann durch häufigere Kontrollen und unmittelbare Strafen bei Nichtbefolgen erreicht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Urban
Fraktionsvorsitzender